

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 21

26. Februar

1915

Betr.: Das Gesetz, die Landstände betreffend, vom 3. Juni 1911.

An die Grob. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Diejenigen, welche mit der Erledigung unserer Verfügung vom 7. Januar 1915, Kreisblatt Nr. 5, noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, diese alsbald zu erledigen.

Gießen, den 22. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Regelung des Mehl- und Brotverbrauchs im Kreise Gießen.

Damit der erforderliche Bedarf an Mehl vom Kommunalverband auf die einzelnen Gemeinden und von diesen alsdann auf ihre Angehörigen in einer den Interessen aller Beteiligten gleichmäßig gerecht werdenden Weise verteilt werden kann, und um gleichmäßig eine Unterlage für die Ausgabe von Brotmarken zu schaffen, haben wir eine entwerfende Erhebung in der Form auszufüllender Haushaltslisten angeordnet. Das Formular der Haushaltsliste wird jedem Haushalt durch Vermittlung der Bürgermeisterei rechtzeitig zugehen. Alles Nähere ist aus dem Formular selbst zu entnehmen.

Wer es versäumt, die Liste innerhalb der Zeit vom 2. bis zum 3. März 1915 auszufüllen und zum Abholen am 4. März 1915 bereit zu halten, sowie wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Gießen, den 24. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Die Regelung des Mehl- und Brotverbrauchs im Kreise Gießen.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grob. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, die Ihnen rechtzeitig in der erforderlichen Zahl zugehenden Formulare an Haushaltslisten jedem Haushaltungsvorstand innerhalb der Gemarkung und jedem, von dem anzunehmen ist, daß er sich im Besitz von Getreide oder Mehl befindet, so zeitig zuzustellen, daß die zur Abgabe der Erklärung Verpflichteten, spätestens am 1. I. Monats in den Besitz des Erhebungsformulars gelangen. Die Verteilung erfolgt am besten so, wie seinerzeit bei der Volkszählung, d. h. es werden zweckmäßigerweise diejenigen Personentreife dazu herangezogen werden, die auch beim Ausstellen und Einsammeln der Zählkarten bei der Volkszählung mitgewirkt haben.

Sie werden erlucht, dafür besorgt zu sein, daß die ausgefüllten Listen am 4. I. M. wieder in Ihren Besitz gelangen. Bis zum 8. I. M. s. spätestens müssen wir das Gesamtergebnis haben. Diese ist in einem Formular (Gemeindeübersicht) zusammenzufassen, das Ihnen in mehreren Exemplaren zugeht und von denen eines ausgefällt hierher zu senden ist.

Die Haushaltslisten, die für die spätere Brotversorgung der Bevölkerung wertvolles Material enthalten und die Ihnen bei der Ihnen übertragenen Regelung des Verbrauchs in Ihrer Gemeinde noch schätzenswerte Dienste leisten werden, sind ebenso wie ein zweites ausgefülltes Exemplar der Gemeindeübersicht sorgfältig bei Ihren Akten aufzubewahren. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß in der aufzustellenden Gemeindeübersicht nicht etwa das Ergebnis jeder einzelnen Haushaltsliste einzutragen ist, sondern, wie bereits oben erwähnt, nur das Gesamtergebnis. Ob das ganze Erhebungsmaterial hier demnächst eingehend bearbeitet wird, bleibt weiterer Entscheidung vorbehalten. Ob Sie es für Ihre Zwecke einstweilen bearbeiten und sich damit die spätere Verteilung der Ihrer Gemeinde zuzuwendenden Vorräte erleichtern wollen, bleibt Ihrer Entscheidung überlassen. Jedemfalls empfiehlt es sich jetzt schon und zwar umgehend aus den Haushaltslisten diejenigen Haushaltungsvorstände und ihre Angehörigen zahlenmäßig herauszuziehen, die auf den Kauf von Brot angewiesen sind. (Vergl. Lb der Haushaltslisten.)

Wir nehmen an, daß die Herren Lehrer und sonstigen freiwilligen Hilfskräfte, wie bisher, so auch bei dieser, die Grundlage für die demnächste Versorgung der Bevölkerung mit Brot bildenden Erhebung gerne bereit sein werden, Sie bei den Ihnen obliegenden und innerhalb der gesetzten Frist unbedingt zu erledigenden Arbeiten ebenso zu unterstützen, wie bei einer einflussreichen im Gemeininteresse liegenden Verarbeitung des Erhebungsmaterials.

Gießen, den 24. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung in gleichem Betreff vom 20. I. Mts. wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß durch Beschluß des Kreisaußschusses von heute von jetzt ab bis auf weiteres nicht mehr als durchschnittlich täglich 225 Gramm Mehl auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung verbraucht werden darf. Unter den Begriff „versorgungsberechtigte Bevölkerung“ fallen nicht diejenigen Landwirte, die Brotgetreide oder Mehl für den Bedarf ihrer Wirtschaft und Haushaltung zurückhalten berechtigt sind und in der gelegentlich der Erhebung vom 1. Februar 1915 erstatteten Anzeige die Zahl der von ihnen zu beschäftigenden oder durch fortlaufende Lieferung von Brotgetreide oder Mehl zu ernährenden Personen angegeben haben. Für diese Personen hat der Kommunalverband nach Vorschrift in § 4 Absatz 3 litera a der Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar 1915 (abgedruckt im Kreisblatt Nr. 10 vom 29. Januar 1915) nicht zu sorgen.

Gießen, den 25. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grob. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf den Inhalt der vorstehenden Bekanntmachung benachrichtigen wir Sie in ihrer Eigenschaft als diejenigen Stellen, die den Verbrauch an Brot und Mehl für den Bezirk Ihrer Gemeinden zu regeln haben, daß Ihnen demnächst nur soviel Mehl zugewiesen werden wird, als nach der vorstehenden Anordnung auf die „Versorgungsberechtigten“ Ihrer Gemeinde entfällt. Mit diesem Vorrat muß hausgehalten werden.

Gießen, den 25. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.

In der Bekanntmachung im obigen Betreff unter Nr. 2 „zu § 36a der Bekanntmachung“, vom 21. Februar 1915 (Kreisblatt Nr. 19 vom 23. Februar 1915), ist eine Berichtigung erforderlich geworden. Die Bekanntmachung wird deshalb nachstehend berichtigt nochmals veröffentlicht.

Gießen, den 25. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.

Auf Grund der §§ 34—37 der Bundesrats-Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1915 werden für den Bezirk des Kommunalverbandes (Kreis) Gießen mit Genehmigung Grob. Ministeriums des Innern zu Nr. M. d. Z. III 2583 vom 20. I. Mts. folgende Anordnungen erlassen:

1. Zu § 35 der Bekanntmachung:

Die Regelung des Verbrauchs der Vorräte an Brot und Mehl im Kreis Gießen wird in Stadt und Land den Gemeinden für ihren Bezirk übertragen.

2. Zu § 36a der Bekanntmachung:

Es dürfen im ganzen Kreis außer Brötchen nur Roggenbrote von 2 und 4 Pfund Gewicht (auch wenn die Brote im Privathaushalt gebacken werden) bereitet werden. Das Roggenbrot darf höchstens 80 Prozent Roggenmehl enthalten und erst am zweiten Tage nach seiner Verstellung verkauft werden. Höchstens 30 Teile des Roggenmehls dürfen durch Weizenbrotmehl ersetzt werden. Das Verkaufsgewicht muß bei Roggenbrot 24 Stunden nach der Verstellung vorhanden sein.

3. Zu § 36b der Bekanntmachung:

Das Bereiten von Kuchen, mürbem Gebäck und von sog. Kreppeln ist, auch im Privathaushalt, verboten. Erlaubt ist die Verstellung von Zwieback und solchen Konditorwaren, die nicht mehr als 20 Proz. Weizen- und Roggenmehl auf das Gesamtgewicht enthalten.

4. Zu § 36d der Bekanntmachung:

Bäcker und Händler dürfen im Kleinverkauf nicht mehr als ein Pfund Weizen- oder Roggenmehl abgeben.

5. Zu § 36e der Bekanntmachung:

Händlern, Handelsmühlen, Bäckern und Konditoren ist die Abgabe von Brot und Mehl nach außerhalb des Kreises verboten.

Im Hinblick auf das unter Ziffer 5 vorstehend Gesagte werden die Bekanntmachungen in obigem Betreff vom 12. Febr. 1915 (Siegener Anzeiger Nr. 37 vom 13. Februar 1915, sowie vom 16. Februar 1915, Siegener Anzeiger Nr. 40 vom 17. Febr. 1915) aufgehoben.

Die Befugnis der Gemeinden, denen die Regelung des Verkehrs für ihren Bezirk gemäß Ziffer 1 vorstehend übertragen worden ist, Anordnungen im Sinne der aufgehobenen Bekanntmachung zu erlassen, wird hierdurch nicht berührt. Derartige Anordnungen, sowie überhaupt alle Anordnungen, welche von Gemeinden auf Grund des § 36 der Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar 1915 in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1915 erfolgen, bedürfen nicht in Widerspruch mit den obigen Anordnungen stehen und bedürfen der Genehmigung des Großherzoglichen Kreisamts Siegen.

Siegen, den 21. Februar 1915.

Namens des Kreisausschusses als Vertreter des Kommunalverbandes.
Großherzogliches Kreisamt Siegen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Sicherstellung des Haferbedarfs der Heeresverwaltung.
Durch Verordnung des Bundesrats vom 13. Februar 1915 sind die im Reich vorhandenen Vorräte an Hafer mit Beginn des 16. Februar 1915 für das Reich, vertreten durch die Zentralkasse zur Beschaffung der Heeresverpflegung in Berlin, beschlagnahmt. Soweit Vorräte nicht angezeigt sind, die nach § 8 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 angezeigt sind, wird für sie kein Preis gezahlt. In besonderen Fällen kann jedoch der Kreisausschuß Ausnahmen hiervon zulassen, namentlich dann, wenn die Anzeige bis zum 28. Februar 1915 nachgeholt wird.

Alle Haferbesitzer, die ihre Vorräte an Hafer in der Zeit vom 1.-5. Februar l. J. nicht richtig angegeben haben, werden daher in ihrem eigenen Interesse hiermit aufgefordert, diese Vorräte bis spätestens 28. Februar bei der zuständigen Großherzoglichen Bürgermeisterei richtig anzumelden.

Siegen, den 20. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.
Dr. Usinger.

An den Oberbürgermeister der Stadt Siegen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, die vorstehende Bekanntmachung in Ihrer Gemeinde wiederholt öffentlich bekannt zu geben und uns am 1. März l. J. die bei Ihnen eingegangenen neuen Anmeldungen einzusenden.

Siegen, den 20. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßnahmen gegen die Verbreitung von Pferdekrankheiten durch das Weicheln der Stuten.

Die in Abdruck nachstehende Verfügung Großh. Ministeriums des Innern wird zur Kenntnis der Interessenten gebracht.

Siegen, den 28. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

Dr. Usinger.

Großherzogliches
Ministerium des Innern.

Nr. II 1192.

Darmstadt, den 15. Februar 1915.

Betr.: Wie oben.

Während des Krieges sind vielfach Pferde durch die Militärbehörden oder auch auf andere Weise aus kurzer Zeit von deutschen Truppen besetzten außerdeutschen Gebietsteilen, insbesondere auch aus Polen, in das Land eingeführt worden und in den Besitz von Landwirten gelangt. Unter diesen Tieren sind neben Brustseuche und Trufe auch Fälle von Rot beobachtet worden. Sowohl zum Schutz für die Landesbesitzer als auch um einer Verbreitung von Pferdekrankheiten durch das mit nächster Woche beginnende Weicheln der Stuten nach Möglichkeit vorzubeugen, erscheinen Maßnahmen geboten.

Wir bestimmen daher:

1. Jeder, der in seinem Besitz befindliche Stuten zum Weicheln bringen will, hat zuvor den Gesundheitszustand seines Pferdebestandes durch den beamteten Tierarzt feststellen zu lassen.

2. Bevor die Stuten den Weichlern, wenn auch nur zum Probieren, vorgeführt werden, haben die Gesundheitsdiener von den Stutenbesitzern ein Zeugnis des für dessen Wohnort zuständigen beamteten Tierarztes einzuholen, worin bescheinigt ist, daß der Gesamt Pferdebestand dieses Besitzers frei von Erkrankungen ist, die den Ausbruch irgend einer Seuche befürchten lassen.

Diese Zeugnisse haben eine Gültigkeit von einem Monat. Sie sind nach Ablauf dieser Frist oder, falls in dem Pferdebestand des

Stutenbesizers eine Veränderung eingetreten ist, zu erneuern. Bei jedesmaliger Zuführung der Stuten eines Besitzers zu den Weichlern hat die Ortspolizeibehörde des Wohnorts des Besitzers auf dem Zeugnis zu bescheinigen, daß seit dessen Ausstellung eine Veränderung in dem fraglichen Pferdebestand nicht eingetreten ist.

Die Gesundheitsdiener haben die ihnen vorgelegten Zeugnisse bei Ablauf ihrer Gültigkeit einzufordern und aufzubewahren.

3. Für die Untersuchung eines Pferdebestandes bis zu 25 Stück hat der Besitzer bei einer staatlichen Kasse eine Quittung über 1,50 Mark nach Amtsblatt Nr. 10 vom 9. Mai 1913 zu lösen und dem beamteten Tierarzt zu übergeben.

Die Ausstellung des Zeugnisses ist Pflichtgeschäft des beamteten Tierarztes.

Wir beauftragen Sie, die einzelnen Stationen genau hiernach anzuweisen.

gez.: von Homberg.

An den Oberbürgermeister der Stadt Siegen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Es wird Ihnen empfohlen, für die rechtzeitige Zuziehung des beamteten Tierarztes zur Ausstellung der von den Pferdebesitzern verlangten Zeugnisse Sorge zu tragen, sowie die nach Ziffer 2 Abs. 2 etwa erforderliche Bescheinigung auszustellen.

Siegen, den 28. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

Dr. Usinger.

Betr.: Hinterbliebenenversorgung aus Anlaß des Krieges.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Diejenigen von Ihnen, die mit der Erledigung unserer Verfügung vom 10. Februar 1915, Kreisblatt Nr. 16, noch im Rückstande sind, werden hiermit an die alsbaldige Erledigung erinnert.

Siegen, den 24. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. B.: Hechler.

Bekanntmachung.

Betr.: den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Vellersheim.

In Vellersheim ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Es werden folgende Bezirke gebildet:

I. Sperrbezirk: Gemarkung Vellersheim.

II. Beobachtungsgebiet: Die Gemarkungen Obbornhofen und Bettenhausen.

Für diese Bezirke gelten die Bestimmungen unserer Bekanntmachung vom 12. Nov. 1914, abgedruckt im Kreisblatt Nr. 70 vom 17. Nov. 1914.

An die Großh. Bürgermeisterien Vellersheim, Obbornhofen und Bettenhausen.

Sie werden veranlaßt, vorstehende Bekanntmachung, sowie diejenige vom 12. November v. J. sofort auf ortsübliche Weise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Viehhändler sind zu Protokoll zu bedeuten; die Protokolle sind uns binnen 24 Stunden einzusenden. Der Befolg der Vorschriften ist im Interesse einer Verhütung der Weiterverbreitung der Seuche streng zu überwachen. Zuwiderhandlungen sind zur Anzeige zu bringen.

An die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Sie wollen die Durchführung der Bestimmungen streng überwachen und jede Zuwiderhandlung zur Anzeige bringen.

Siegen, den 25. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche in Eberstadt.

Die Gemarkungen Birklar und Hof-Güll werden aus dem Beobachtungsgebiet entlassen.

Siegen, den 25. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. B.: Hemmerde.

Märkte.

= **Herborn**, 25. Febr. Auf dem heute abgehaltenen 2. diesjährigen Markte waren aufgetrieben 18 Stück Rindvieh und 176 Schweine. Es wurden bezahlt für Fettvieh und zwar Ochsen 1. Qualität 00-00 Mk., 2. Qualität 90-95 Mark, Rinde und Rinder 1. Qualität 88-90 Mk., 2. Qualität 80-85 Mark für 50 Kilo Schlachtwicht. — Auf dem Schweinemarkt kosteten Ferkel 0-70 Mk., Läufer 75-90 Mk. und Entschweine 100-150 Mk. das Paar. Der nächste Markt findet am 29. März 1915 statt.